



AKTUELLES ZUM INTERNATIONALEN WÄHRUNGSFONDS

WICHTIGSTE GESCHÄFTE

JAHRESTAGUNG 2018 IWF UND WELTBANK

Bundesrat Maurer vertrat zusammen mit Bundesrat Schneider-Ammann und SNB-Präsident Jordan die Schweiz an der Jahrestagung des IWF und der Weltbankgruppe in Bali, Indonesien. Im Namen der IWF-Stimmrechtsgruppe nahm er dort an der Tagung des Internationalen Währungs- und Finanzausschusses (IMFC) teil.

Die vom IMFC-Vorsitzenden Kganyago, Gouverneur der südafrikanischen Zentralbank, geleitete Diskussion war geprägt von der zwiespältigen aktuellen Lage. Einerseits erwartet der IWF für dieses und nächstes Jahr ein anhaltend solides Wachstum der Weltwirtschaft von je rund 3,7%. Andererseits trüben bedeutende Risiken die Aussichten. Anlass zur Sorge geben vor allem Spannungen in der internationalen Handelspolitik, die vielerorts hohe Staats- und Privatverschuldung sowie Anfälligkeiten gegenüber einer Verschlechterung der internationalen Finanzierungsbedingungen. Laut IMFC gilt es die günstige Weltkonjunktur zu nutzen, um finanzielle Puffer aufzubauen und Handlungsspielräume zu schaffen sowie um durch Strukturreformen das Wachstumspotenzial zu erhöhen. Daneben ruft der IMFC zur Bewältigung von Risiken auf und betont die Rolle der Regulierung des Finanzsektors. Zehn Jahre nach der globalen Finanzkrise sei es wichtig, beschlossene Finanzmarktreformen, insbesondere zu Kapital- und Liquiditätsanforderungen, vollständig umzusetzen und so die Krisenfestigkeit zu erhöhen. Zudem seien auch technologische Entwicklungen im Finanzbereich («Fintech») im Blick zu behalten. Die von IWF und Weltbank verabschiedete «Bali Fintech Agenda» wirbt dafür, das Potenzial von Fintech auszuschöpfen und gleichzeitig möglichen Risiken frühzeitig zu begegnen.

In seiner kurzen Stellungnahme hob Bundesrat Maurer das grosse Potenzial von Fintech hervor und warb für einen ausgewogenen Regulierungsansatz, welcher Innovation zulässt, Risiken jedoch aufmerksam verfolgt und reduziert. Ein solcher Ansatz, ebenso wie die Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen generell und ein reger Austausch mit der Branche, trügen in der Schweiz zum guten Gedeihen des Fintech- und Blockchainsektors bei.

Siehe auch das [Communiqué des IMFC vom 13. Oktober 2018](#) sowie das [IMFC Statement von Bundesrat Ueli Maurer](#).

IWF- FINANZSEKTOREXAMEN SCHWEIZ

Der IWF führt 2018/19 eine vertiefte Finanzsektorprüfung der Schweiz im Rahmen des sog. «Financial Sector Assessment Program» (FSAP) durch. Wie alle Länder mit einem systemisch relevanten Finanzsektor durchläuft die Schweiz alle fünf Jahre ein FSAP. Während bei den jährlichen Länderprüfungen die

makroökonomische Politik im Vordergrund steht, fokussiert das FSAP auf Regulierungs-, Aufsichts- und Stabilitätsfragen im Finanzsektor. Bei drei Besuchen in der Schweiz führt eine IWF-Delegation Gespräche mit Behörden und Finanzmarktakteuren. Das FSAP soll im Juni 2019 gemeinsam mit der Länderprüfung 2019 abgeschlossen werden.

Siehe auch die [Hintergrundinformationen zum FSAP](#) sowie [weitere Informationen zur Schweiz](#) im IWF.

TECHNISCHE ZUSAMMENARBEIT DES IWF

Alle fünf Jahre überprüft der Exekutivrat die Strategie des IWF im Bereich der technischen Zusammenarbeit (*capacity development*). Ziel der *capacity development* Aktivitäten des IWF, die rund 30 % des IWF-Budgets ausmachen, ist die Unterstützung der Mitglieder bei der Gestaltung und Umsetzung von stabilitäts- und wachstumsfreundlicher Wirtschaftspolitik. Das *capacity development* soll gemäss der vom Exekutivrat genehmigten Strategie noch stärker in die Überwachungs- und Kreditpolitik des IWF eingebunden werden. Ferner soll beim *capacity development* mittels ergebnisorientiertem Management ein besserer Fokus und eine bessere Priorisierung der Aktivitäten sichergestellt werden.

Die Schweiz leistet massgebliche Beiträge an die *capacity development* Aktivitäten des IWF. Sie unterstützt grundsätzlich die stärkere Ausrichtung des *capacity development* am Bedarf der Mitglieder und auf die Stärkung ihrer Institutionen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Sie begrüsst die Fortschritte bei der Evaluation der *capacity development* Aktivitäten des IWF. Weiter geklärt werden müssen jedoch Rolle und Verantwortlichkeiten des Exekutivrats sowie das Finanzierungsmodell dieser Tätigkeiten, die in den letzten Jahren erheblich ausgedehnt wurden. Angesichts der zunehmenden Bedeutung des *capacity development* ist mehr Transparenz erforderlich, wie auch eine bessere Priorisierung und grössere Synergien mit den Überwachungstätigkeiten des IWF. Schliesslich hat sich die Schweiz gemeinsam mit einer Reihe von anderen Ländern für die Schaffung eines regionalen Zentrums für das *capacity development* in der Region Zentralasien und Kaukasus, und damit ihrer Stimmrechtsgruppe eingesetzt.

Siehe auch die [Medienmitteilung des IWF vom 20. November 2018](#) sowie [weitere Informationen zur technischen Zusammenarbeit](#) im IWF.

IWF-ARBEITEN ZUR BEKÄMPFUNG VON GELDWÄCHEREI UND TERRORISMUS- FINANZIERUNG

Die Bekämpfung der Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung (AML/CFT) ist zwar nicht im Kernmandat des IWF. Er befasst sich aber mit dieser Thematik, insbesondere auch um ärmere Mitglieder und Schwellenländer fachlich bei der Umsetzung internationaler Regeln zu unterstützen. Die Umsetzung prüft der IWF vor allem im Rahmen der Überprüfung der Finanzsektoren seiner Mitglieder. Zur entsprechenden technische Hilfe des IWF trägt die Schweiz finanziell über einen besonderen Fonds bei. Im November 2018 hat der IWF-Exekutivrat die Überprüfung der Strategie zu AML/CFT verabschiedet und dabei den bisherigen Ansatz in seinen Grundzügen



gen bestätigt. Der IWF beabsichtigt jedoch, sich noch mehr als bisher auf bestehende Finanzsektorprüfungen abzustützen und Doppelspurigkeiten zu vermeiden.

Die Schweiz unterstützt die AML/CFT-Strategie des IWF mit dem Fokus auf eine weitere Anstrengung zur Reduktion von Doppelspurigkeiten. Ferner unterstreicht sie die Bedeutung einer effektiven Zusammenarbeit des IWF mit der für die Standardsetzung zuständigen Financial Action Task Force (FATF/GAFI).

Siehe auch [Neuigkeiten](#) und [Factsheet](#) des IWF zu AML/CFT.

FINANZIELLES ENGAGEMENT DES IWF

In 18 Ländern laufen derzeit Kreditprogramme des IWF, die über die allgemeinen IWF-Ressourcen finanziert werden. Hierzu gehören z. B. die Programme zugunsten von Argentinien und der Ukraine. Ferner sind die Versicherungslinien zugunsten von Mexiko, Kolumbien und Marokko Teil dieses Engagements von insgesamt rund USD 190 Mrd.

Über den Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum (PRGT) führt der IWF gegenwärtig Programme in 19 der ärmsten Länder durch. Die entsprechenden Kredite werden aus einem speziellen Treuhandfonds bereitgestellt und sind bis Ende 2020 zinsbefreit.

Die jeweils aktuelle Aufstellung der IWF-Mittelausstattung und der laufenden Kreditprogramme ist unter [IMF Financial Activities](#) zu finden.

Es folgt eine kurze Berichterstattung über die Entwicklungen in einigen ausgewählten Länderprogrammen:

ARGENTINIEN

Trotz einem ehrgeizigen Reformprogramm, welche die makroökonomische Lage des Landes stabilisieren soll, steht Argentinien weiterhin vor beträchtlichen Herausforderungen. Das Leistungsbilanzdefizit übt Druck auf den Wechselkurs aus, was die Stabilisierung der immer noch hohen Inflation erschwert. Gleichzeitig geht die Reduktion des Haushaltsdefizits trotz hoher Staatsverschuldung eher langsam voran. Für Argentinien ist es in dieser Lage besonders wichtig, Investitionen anzuziehen, welche das Land auf einen langfristigen Wachstumspfad bringen. Um eine Verunsicherung von Investoren zu verhindern, bat das Land im Mai 2018 um eine finanzielle Unterstützung durch den IWF. Dieser gewährte ein grosszügiges Darlehen von rund USD 60 Mrd., welches es der Regierung erlaubt, trotz drohender Rezession nötige Reformen weiterzuführen.

Die Schweiz unterstützt das IWF-Programm, um eine wirtschaftliche Stabilisierung zu ermöglichen. Angesichts der Risiken unterstrich die Schweiz im Exekutivrat insbesondere, dass die konsequente Umsetzung des Reformprogramms eine zentrale Bedingung für den Erfolg des Programms und damit der Stabilisierung sein wird.

Siehe auch [die Medienmitteilung des IWF vom 26. Oktober 2018](#)



und [weitere Informationen zu Argentinien](#) im IWF.

MAROKKO

Der Exekutivrat genehmigte die Erneuerung der Liquiditätslinie (PLL) Marokkos über rund USD 3 Mrd. Diese vierte PLL seit 2012 soll Marokko die weitere Umsetzung von Strukturreformen ermöglichen. Das Programm sieht die Stärkung der Haushaltsführung mit insbesondere einer Verbreiterung der Steuerbasis, einer nachhaltigen Strategie zur Dezentralisierung der Steuern und zur Konsolidierung des Haushalts vor. Die Wirtschaftsaussichten des Landes haben sich seit Ende 2016 verbessert. Angesichts gestiegener externer Risiken hat der Exekutivrat der Erneuerung der PLL zugestimmt.

Die Schweiz begrüsst die solide Wirtschaftslage Marokkos. Sie betonte aber im Exekutivrat die Notwendigkeit weiterer Reformen – u.a. des Geschäftsklimas sowie im Bereich der Bildung – um längerfristige Wachstumspotentiale zu sichern. Sie ermunterte die Behörden, eine klare Strategie zum Ausstieg aus der PLL auszuarbeiten. Der Ausstieg wäre auch für die Wirtschaft ein sehr positives Signal.

Siehe auch [die Medienmitteilung des IWF vom 17. Dezember 2018](#) sowie [weitere Informationen zu Marokko](#) im IWF.

MEXIKO

Der IWF betont im Länderexamen 2018 die stabilitätsorientierte Politik und die Rahmenbedingungen in Mexiko, welche in einem komplexen äusseren Umfeld zur Widerstandsfähigkeit der mexikanischen Wirtschaft beigetragen haben. Vom Exekutivrat besonders begrüsst wurde die Verpflichtung der neuen Regierung, zu einem weiteren Schuldenabbau. Er hielt gleichzeitig fest, dass eine umfassende Steuerreform zur Erhöhung der Steuereinnahmen im Nicht-Öl Bereich dringend benötigte Investitionen ermöglichen würde.

Kurz nach Verabschiedung des Länderexamens wurde auch die Überprüfung der Kreditlinie des IWF (FCL) über rund USD 75 Mrd. bewilligt, wobei der Zugang zu IWF-Mitteln leicht reduziert wurde.

Die Schweiz begrüsst die Verpflichtung Mexikos zu Haushaltsdisziplin und stimmte dem IWF bezüglich der Notwendigkeit von höheren Beiträgen aus dem Nicht-Öl Bereich zu. Zur Stärkung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist die Bekämpfung der Korruption zentral und bedingt die konsequente Umsetzung des «National Anti-Corruption System», sowie der Stärkung des Rahmens zur Gelwäschereibekämpfung. Die Schweiz hat die konsequente Wirtschaftspolitik unter der FCL begrüsst. Gleichzeitig hat sie die Behörden ermuntert, den Ausstieg aus der FCL noch dezidierter zu verfolgen.

Siehe [die Medienmitteilung des IWF vom 08. November 2018, vom 27. November 2018](#) sowie [weitere Informationen zu Mexiko](#)



im IWF.

UKRAINE

Der Exekutivrat hat für die Ukraine ein neues IWF-Programm über rund USD 4 Mrd. genehmigt. Das neue Beistandsabkommen, das die im März 2019 auslaufende Erweiterte Fondsfazilität von 2015 ablöst, soll die wirtschaftliche Stabilität und Reformen für ein robusteres und nachhaltigeres Wachstum unterstützen. Schwerpunkte des Programms sind die weitere Haushaltskonsolidierung, die Stärkung des Finanzsektors und Strukturreformen in kritischen Bereichen inklusive der Korruptionsbekämpfung. Das Programm dient auch als Grundlage für die Mobilisierung weiterer finanzieller Unterstützung durch die Weltbank und die Europäische Union.

Die Schweiz unterstützt das neue Programm. Sie betonte die Notwendigkeit, die Tragfähigkeit der Schulden und der aussenwirtschaftlichen Position des Landes zu gewährleisten. Entsprechend begrüsst sie die Zusage der Behörden, Strukturreformen voranzutreiben. Gleichzeitig unterstrich sie, dass wirksame Massnahmen zur Eindämmung der Korruption unerlässlich für das Gelingen des Programms und das Erreichen einer längerfristig nachhaltigen wirtschaftlichen Lage sind.

Siehe auch die [Medienmitteilung des IWF vom 18. Dezember 2018](#) sowie [weitere Informationen zur Ukraine](#) im IWF.

ARTIKEL-IV-KONSULTATIONEN

Die Überwachung des internationalen Währungs- und Finanzsystems sowie der Wirtschaftspolitik seiner 189 Mitgliedstaaten gehört zu den Kernaufgaben des IWF. Im Rahmen dieser Tätigkeit ermittelt der IWF die wesentlichen Risiken für die Stabilität und gibt Empfehlungen für wirtschaftliche Massnahmen ab.

Es folgt eine kurze Berichterstattung über einige der jüngsten Länderexamen:

JAPAN

Im Rahmen seiner Länderprüfung 2018 begrüsst der IWF das solide wirtschaftliche Wachstum in Japan, betonte aber gleichzeitig die weiterhin tiefe Inflation und die erhöhten globalen Risiken. Ferner verwies er auf die möglicherweise wachstumsdämpfenden Effekte der anstehenden Mehrwertsteuererhöhung. Die schrumpfende Bevölkerung stellt eine weitere Herausforderung für Japan dar, insbesondere für den Arbeitsmarkt.

Die Schweiz begrüsst das solide Wachstum in Japan. Mit Blick auf die erhöhten globalen Risiken wird eine Fortführung der Haushaltskonsolidierung wichtig sein, um Handlungsspielräume wieder aufzubauen und die Schuldentragfähigkeit sicherzustellen. Die Weiterführung der lockeren Geldpolitik sollte durch strukturelle Reformen begleitet werden, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt und Gütermarkt.

Siehe auch [die Medienmitteilung des IWF vom 28. November 2018](#) sowie [weitere Informationen zu Japan](#) im IWF.



VEREINIGTES KÖNIGREICH

Der IWF-Exekutivrat hat das Länderexamen 2018 des Vereinigten Königreichs genehmigt. In der Diskussion wurde die solide Wirtschaftsleistung gewürdigt, trotz der Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Brexit und deren Wirkung insbesondere auf die Investitionen. Der Exekutivrat betonte die Bedeutung einer weiteren Haushaltskonsolidierung und einer schrittweisen Straffung der Geldpolitik. Ferner begrüßte er die Bemühungen der Behörden, sich auf Änderungen der Regulierungsgrundlagen gerade auch im Finanzsektor vorzubereiten. Schliesslich unterstrich der Exekutivrat die Notwendigkeit, die Produktivität und die Wettbewerbsfähigkeit des Landes vorab in den Bereichen Humankapital und Mobilität zu verbessern.

Die Schweiz begrüßte die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft trotz Unsicherheiten im Zusammenhang mit dem Brexit. Sie verwies auf das Engagement der Behörden bei der Weiterführung einer umsichtigen Wirtschaftspolitik, auch um den Handlungsspielraum zu erweitern. Sie würdigte schliesslich auch die Vorbereitungen des Finanzsektors auf den Übergang zu einem neuen Regulierungsgrundlagen.

Siehe auch die [Medienmitteilung des IWF vom 14. November 2018](#) sowie [weitere Informationen zum Vereinigten Königreich](#) im IWF.

WEITERE GESCHÄFTE

G20

Mit dem Gipfel der G20-Staats- und Regierungschefs vom 30.11. bis 1.12. 2018 in Buenos Aires ging die Argentinische G20 Präsidentschaft zu Ende. Die Schweiz nahm an allen Treffen des Finanzsegments, dem sog. *Finance Track* teil. Die argentinische Präsidentschaft hat unter dem Motto *Building Consensus for Fair and Sustainable Development* im G20-Finanzsegment wichtige Schwerpunkte bei den Themen Zukunft der Arbeit (d.h. die Einflüsse der Digitalisierung und der Globalisierung auf Wirtschaft und Arbeit) sowie bei Infrastrukturinvestitionen gesetzt. Argentinien ist es trotz schwieriger wirtschaftlicher Bedingungen im eigenen Land sowie abnehmender Kompromissbereitschaft der grossen Volkswirtschaften gelungen, mit diesen Themen Akzente zu setzen und auch die Diskussionen vermehrt auf Kernthemen zu fokussieren.

Trotz eines schwierigen internationalen Umfelds, bleibt die G20 ein zentrales Forum für die Überlegungen zu den Auswirkungen der Globalisierung. Die grosse Mehrheit der G20-Mitglieder hält am multilateralen Ansatz fest. Das Forum bleibt für viele Themen unverzichtbar, wie die Überwachung des globalen Finanzsystems, ausgewogene Bedingungen für die Finanzregulierung, das internationale Steuerwesen und weitere Bereiche, die internationale Vereinbarungen für den Handel mit Gütern und Dienstleistungen auch im Finanzbereich erfordern.

2019 wird Japan die G20-Präsidentschaft übernehmen. Die



Schweiz wurde auch von Japan zur Teilnahme am Finanzsegment der G20 eingeladen. In diesem plant die Präsidentschaft Prioritäten u.a. bei den Themen Qualitätsinfrastruktur, demographischer Wandel, Marktsegmentierung im Finanzsystem sowie Digitalisierung, inklusive digitale Besteuerung, zu setzen. In diesen Bereichen wird die Schweiz ihre Erfahrungen und Interessen aktiv in die Diskussionen einbringen können.

Siehe auch G20 [Communiqué der Staats- und Regierungschefs von Buenos Aires](#) und [aktuelle Präsidentschaft Japans](#).

WÄHRUNGSHILFEAKTIVITÄTEN DER SCHWEIZ

BERICHTERSTATTUNG 2018

Im Oktober 2017 genehmigte der Bundesrat den Beitrag der Schweiz an die bilateralen Kreditlinien zugunsten des IWF und beauftragte die Schweizerische Nationalbank (SNB), dem IWF ein Darlehen von CHF 8.5 Mrd. bereitzustellen. Der Bund garantiert der SNB dabei die fristgerechte Rückzahlung. Die von 40 Ländern gewährten bilateralen Kreditlinien im Umfang von insgesamt rund USD 460 Mrd. stellen als dritte Finanzierungsquelle nach den ordentlichen Mitteln und den Neuen Kreditvereinbarungen sicher, dass der IWF auch bei schwerwiegenden systemischen Krisen über angemessene Mittel verfügt, um seinen Auftrag zur Stabilisierung des internationalen Währungs- und Finanzsystems zuverlässig und wirksam zu erfüllen. Die Kreditlinien wurden bisher nicht beansprucht. Sie laufen spätestens 2020 aus.

Im Februar 2015 genehmigte der Bundesrat einen bilateralen Kredit der Schweiz zugunsten der Ukraine. Diese Währungshilfe von USD 200 Mio. wurde im Rahmen einer auf einem IWF-Programm basierten, multilateralen Aktion gesprochen. Mit der Ablösung des Kreditprogramms durch ein neues Abkommen (vgl. Beitrag oben) endet auch die bilaterale Währungshilfe der Schweiz. Von den USD 200 Mio. wurden im Februar 2017 USD 100 Mio. an die Ukraine ausgezahlt. Deren Rückzahlung erfolgt gemäss der Kreditvereinbarung.

Mit dem Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum (PRGT) des IWF werden Kredite an einkommensschwache Mitgliedsländer zu Vorzugsbedingungen vergeben. Der Fonds wird durch bilaterale Beiträge der Mitgliedstaaten und durch IWF-eigene Mittel finanziert. Der Beitrag der Schweiz beläuft sich auf maximal CHF 1,4 Mrd., von denen bisher CHF 171 Mio. beansprucht wurden. Das Darlehen an den PRGT wird von der SNB geleistet. Der Bund garantiert der SNB die fristgerechte Rückzahlung.

Zusätzlich leistet die Schweiz über den Zeitraum 2014-2020 jährliche Beiträge von CHF 10 Mio. an das Zinskonto des PRGT zur Finanzierung der Zinsverbilligung der Kredite.

Siehe auch die Informationen [zu den IWF-Ressourcen](#) und [zur Unterstützung einkommensschwacher IWF-Mitglieder](#) sowie die [Informationen zu den finanziellen Beziehungen zwischen der](#)



[Schweiz und dem IWF](#) auf der SNB-Webseite..

TERMINE

21. - 24. März 2019	Jahrestagung der Interamerikanischen Entwicklungsbank, Chengdu, China
11. April 2019	Treffen der G20-Finanzminister und Notenbankgouverneure, Washington, USA
12. - 14. April 2019	Frühjahrstagung von IWF und Weltbank, Washington, USA
2. - 5. Mai 2019	Jahrestagung der Asiatischen Entwicklungsbank, Nadi, Fidschi
8. - 9. Mai 2019	Jahrestagung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Sarajevo, Bosnien und Herzegowina
20. - 24. Mai 2019	Jahrestagung der Afrikanischen Entwicklungsbank, Malabo, Äquatorialguinea
8. - 9. Juni 2019	Treffen der G20-Finanzminister und Notenbankgouverneure, Fukuoka, Japan
12. -13. Juli 2019	Jahrestagung der Asiatischen Investitions-Infrastrukturbank, Luxemburg
16. Oktober 2019	Treffen der G20-Finanzminister und Notenbankgouverneure, Washington, USA
17. - 19. Oktober 2019	Jahrestagung von IWF und Weltbank, Washington, USA

KONTAKT

Friederike Pohlenz, Sektion Internationale Finanzinstitutionen, Staatssekretariat für internationale Finanzfragen, Tel. 058 462 64 63, friederike.pohlenz@sif.admin.ch.

Diese Aktualitäten zum IWF erscheinen rund alle vier Monate in deutscher und französischer Sprache. Nach Erscheinen sind sie erhältlich unter

www.sif.admin.ch/sif/de/home/dokumentation/publikationen/aktuelle-informationen-schweiz---iwf.html.

